

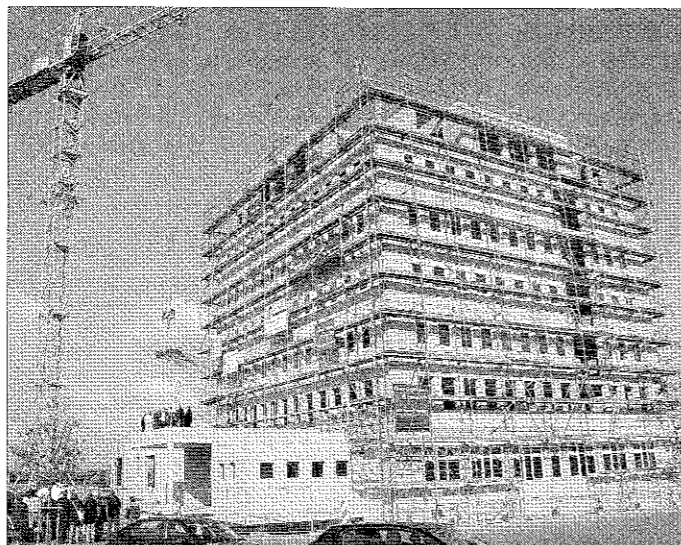
Richtfest am ICE-Bahnhof

In nur sechs Monaten sind sieben Etagen aus dem Boden gewachsen

LIMBURG. Wer in den vergangenen fünf Monaten das Gewerbegebiet am ICE-Bahnhof passierte, konnte fast täglich ein Bürohaus wachsen sehen. Seit dem ersten Spatenstich am 1. Juni hat dort die BTL Business Tower Limburger GmbH & Co. KG ein siebengeschossiges Büro- und Geschäftsgebäude errichtet. Am Freitag wurde das Richtfest an dem zweiten Gebäude gefeiert, das auf dem 32 Hektar großen Gelände entsteht. Die Gesellschaft investiert dort 6,4 Millionen Euro in eine 3700 Quadratmeter große Nutzfläche. Die Fertigstellung ist im Sommer nächsten Jahres geplant.

Markus Stillger von der Limburger Vermögensberatung Stillger & Stahl, die an dem Neubau beteiligt ist und einziehen wird, heiß namens der Bauherrengesellschaft zahlreiche Mandatsträger, Planer, Handwerker, Investoren, Mieter und die Vertreter der Kreditinstitute willkommen. Mit Ausnahme eines Stockwerks, für das ebenfalls Anfragen vorliegen, seien alle Büroetagen vermietet. In das Erdgeschoss, das allein 1300 Quadratmeter aufweise, ziehe die Fitness-Pur GmbH und ein Bistro der Firma Subway ein.

Stillger berichtete, 2,4 Millionen des veranschlagten Gesamtvolumens von 6,4 Millionen Euro würden von Privatinvestoren aufgebracht, die sich an der KG beteiligt hätten. Wegen der besonderen Art der Mitfinanzierung durch den von der Vermö-



Der ICE-Bahnhof Limburg-Süd hat Zuwachs mit einem Büroturm bekommen. Dort konnte am Freitagmittag das Richtfest gefeiert werden. Foto: Dieter Fluck

gensberatung aufgelegten Aktienfond „Hornblower Max-Value“ heiße der Geschäftsturm auf Beschluss der Gesellschafterversammlung künftig „Max-Value-Tower“. Ein zweites Novum stelle die gemeinsame Finanzierung des Löwenanteils von vier Millionen Euro durch ein Bankenkonsortium unter Führung der Vereinigten Volksbank und der Nassauische Sparkasse dar.

Unter dem Gebäude entstehen 40 Tiefgaragenplätze. Zudem pachtet die Gesellschaft auf dem gegenüberliegenden Grundstück von der Stadt eine Fläche für weitere 60 Stellplätze an. Architekt Willi Hamm bezifferte das Bauvolumen auf 20 000 Kubikmeter und sprach von neu-

en Wegen, die in diesem Gebäude für Limburg eingeschlagen würden. Das betrifft unter anderem eine innovative Planung in den Bereichen Heizung und Klimatechnik durch Erdwärme.

Stillger und Hamm lobten die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Kreis. Erste Stadträtin Babette Tapper sagte in Vertretung des erkrankten Bürgermeisters, in Limburg mehrten sich Spatenstiche, Richtfeste und Einweihungen. Dies zeige, welche Dynamik in der Stadt herrsche. Zu dem jetzt im Rohbau fertigen Neubau kämen 2007 die Bodenmanagementbehörde, ein Hotel mit Fast Food-Restaurant und eine Tankstelle hinzu. (dd)

Streit um Gebühren hält an

Korb für Landrat und Magistrat: Die Stadtverordneten lehnen geforderte Straßenbeitragssatzung ab

Werden die Limburger künftig zur Kasse gebeten, wenn ihre Straße ausgebessert werden muss? Geht es nach Landrat und Magistrat, sind schon bald Anliegerbeiträge fällig, wenn Bagger und Raupe zum Zweitausbau ausrücken. Doch die Stadtverordneten weigern sich beharrlich, der Forderung nach einer Beitragssatzung zu entsprechen und diese auf den Weg zu bringen. Der Streit hält an – und die Bürgern hoffen weiter auf ein Happyend.

LIMBURG. Die Stadt Limburg widersetzt sich weiterhin der Anweisung aus dem Büro des Landrats als Chef der Aufsichtsbehörde, eine Straßenbeitragssatzung für den Zweitausbau zu erlassen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am Donnerstagabend einstimmig beschlossen, die am 6. November ablaufende Frist zur Einlegung eines Widerspruchs zu nutzen.

Der Magistrat wurde gebeten, für eine qualifizierte Begründung die Rechtsmeinung des Städte- und Gemeindebunds einzuholen. Die Stadtverordnetenversammlung soll in ihrer Sitzung am kommenden Montag, 6. November, den Ausschuss beauftragen, abschließend über die Begründung zu beraten und diese an die Kommunalaufsicht nachzureichen.

Seit Februar 2005 weist der Landrat die Stadt Limburg

auf ihre gesetzliche Pflicht hin, zur Deckung des Aufwandes für den Um- und Ausbau ihrer Straßen, Wege und Plätze Anliegerbeiträge zu erheben. Die Stadtverordnetenversammlung wird nunmehr auch die dritte Aufforderung mit einem klaren Nein beantworten.

Das Parlament lässt sich auch nicht von der Warnung der Aufsichtsbehörde beeindrucken, notfalls zum Mittel der Ersatzvornahme zu greifen. Mit ihrem Beschluss setzen sich die Stadtverordneten auch über die Empfehlung des Limburger Magistrats hinweg, der die Verabschiedung einer Straßenbeitragssatzung im Falle eines Zweitausbaus empfohlen hatte.

Tapper: Erlass erforderlich

Schon bei ihrer ersten Ablehnung im Dezember hatten die Stadtverordneten darauf hingewiesen, dass eine Straßenbeitragssatzung für Limburg zurzeit kein Thema sei, zumal 2006 keine Straßen ausgebaut würden, bei denen Straßenbeiträge erhoben werden könnten. Nach Angaben der Ersten Stadträtin Babette Tapper kommen aber 2007 zwei Straßen dafür in Frage, ohne dass sie diese sogleich nennen wollte. Sie stünden im Haushaltsplan, der am Montag von Bürgermeister Martin Richard den Stadtverordneten im Entwurf vorgelegt wird. Tapper hatte den Ausschussmitgliedern

nach Rücksprache mit dem hessischen Innenministerium mitgeteilt, dass am Erlass einer Straßenbeitragssatzung kein Weg vorbeigehe. „Der Erlass dieser Satzung ist zwingend erforderlich“, erklärte die Juristin und gab der Kommunalaufsicht recht. Dieser Auffassung habe sich auch der Magistrat angeschlossen.

Das wollen die Stadtverordneten nicht einsehen, sie verweisen vielmehr auf ausgeglichene Haushalte und wieder sprudelnde Steuereinnahmen. Grünen-Sprecher Andreas Pötz: „Es wird uns eine Verpflichtung vorgeschrieben, die bei der gegenwärtigen Situation nicht gegeben ist.“ Limburgs Bürger würden genug belastet. 60 Prozent der hessischen Kommunen hätten diese Satzung nicht, auch nicht Frankfurt als größte hessische Stadt, die direkt der Aufsicht des Innenministers unterstehe. Pötz sieht im Kommunalabgabengesetz und in der Hessischen Gemeindeordnung eine Kann-Bestimmung, die von Juristen indes verneint wird.

Tapper hatte von einem Beamten des Innenministeriums als Begründung erfahren, „Frankfurt habe viele Durchgangsstraßen, deshalb gebe es dort ein sehr kompliziertes Berechnungsverfahren“. Das sorgte für Gelächter im Ausschuss. Kommentar der Limburger Volksvertre-

ter: „Das haben wir auch!“ Ekkehard Rathig, Leiter der Limburger Stadtkämmerei, klärte die Stadtverordneten auf: „Ein ausgeglichener Haushalt spielt für die Straßenbeitragssatzung keine Rolle, so lange wir gezwungen sind, im Vermögenshaushalt Kredite aufzunehmen.“

Ausschuss unbeeindruckt

Bisher hätten die Aufsichtsbehörden nicht erlassene Satzungen stets geduldet. Dann habe der Innenminister in Anbetracht knapper Haushaltskassen die Kommunalaufsichtsbehörden des Landes zu einem restriktiven Vorgehen angewiesen. So habe auch Limburg erstmals mit der Genehmigung des Haushalts 2005 diese Auflage bekommen.

Dies alles vermochte den Ausschuss nicht zu beeindrucken. Er führte zwei ablehnende Beschlussvorschläge von CDU/FWG und Grünen zusammen und lehnte einstimmig ab. Getreu der Devise von Marion Schardt, Juristin in der FDP: „Wir müssen das nicht tun. Wir wollen bis zur letzten Möglichkeit versuchen, es zu verhindern.“

Allein Sigrid Schmäuser (BZL) hat angekündigt, am Montag für die Satzung zu stimmen. Für sie gilt: „Gesetz ist Gesetz.“ Wenn Limburg glaube, Gesetze umgehen zu können, mache sich die Stadt nur lächerlich. Dieter Fluck